

NIEDERSCHRIFT

Gremium	Ausländerbeirat der Kreisstadt Friedberg (Hessen)		
Sitzungsnummer	AB/002/15-20		
Sitzungsdatum	Dienstag, den 02.02.2016		
Sitzungsbeginn	18:15 Uhr		
Sitzungsende	ngsende 20:00 Uhr		
Ort	Sitzungszimmer B, Gebäude II, Mainzer-Tor-Anlage 6,		
	61169 Friedberg (Hessen)		

Teilnehmerliste

١,	′∩r	·ei	t٦	Δr	าฝ	er
v	Oi	J.	Ľ	CI	IU	CI

Herr Recep Kaplan

Mitglieder

Herr Shiva Adhikari	
Frau Selma Albayrak	
Herr Erol Demirok	
Frau Yasemin Genis	entschuldigt
Herr Ahmet Gilavuz	
Herr Ergün Kapu	entschuldigt
Herr Antonio Nasisi	
Herr Abdül Kerim Simsek	entschuldigt

Schriftführer

Herr Johannes Hartmann

Vorsitzender Kaplan eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausländerbeirates fest. Die Ladung zur Sitzung erfolgte fristgemäß. Einwände gegen die Tagesordnung ergehen nicht.

Tagesordnung:

TOP	DS-Nr.	Titel
1		Genehmigung der Niederschrift über die 01. Sitzung des Ausländerbeirates vom 22. Dezember 2015
2	11-16/1261	Haushaltssatzung 2016; hier: Anhörung
3		Verpflichtungserklärung wegen Besuchervisum;
		hier: Sachstandsbericht durch Ausländerbeiratsmitglied Demirok
4		Verschiedenes
4.1		Verschiedenes;
		hier: Wahlbeteiligung bei der letzten Ausländerbeiratswahl
4.2		Verschiedenes;
		hier: Internationales Spielefest
4.3		Verschiedenes;
		hier: Benefizmultimediashow
4.4		Verschiedenes;
		hier: Nächste Sitzungstermine

TOP	DS-Nr.	Titel

Genehmigung der Niederschrift über die 01. Sitzung des Ausländerbeirates vom 22. Dezember 2015

Beschluss:

1.

Der Ausländerbeirat genehmigt die Niederschrift über die 01. Sitzung des Ausländerbeirates vom 22. Dezember 2015.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen Ja 6 Nein 0 Enthaltung 0

2. 11-16/1261 Haushaltssatzung 2016; hier: Anhörung

Herr Kaplan weist darauf hin, dass in den nächsten Tagen der Haupt- und Finanzausschuss öffentlich tagt und er teilnehmen möchte, wo er kann. Auch lädt er die übrigen Mitglieder dazu ein. Er erläutert, dass die Erhöhung der Mittel für den Ausländerbeirat in der letzten Sitzung zwar dringend erbeten worden sei. Es habe aber kein Beschluss gefasst werden können, weil dies unter Punkt "Verschiedenes" nicht möglich gewesen sei. Von daher solle der Beschluss jetzt nachgeholt werden.

Beschluss:

Der Ausländerbeirat beantragt für den Haushalt 2016 die Erhöhung der Mittel für seine Arbeit von bisher 400,00 auf 1.000,00 Euro.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen Ja 6 Nein 0 Enthaltung 0

Begründung:

In den etwa 20 Jahren der Existenz des Ausländerbeirates ist der Betrag nicht erhöht, sondern vor einige Jahren von 600,00 auf 400,00 Euro gesenkt worden. Dies schränkt den Ausländerbeirat in seinen Möglichkeiten erheblich ein.

Herr Kaplan berichtet, dass 100,00 Euro aus dem letzten Jahr zur Teilnahme am Benefiz-Fußballturnier am 31.01.2016 für Trikots und Teilnahme verausgabt worden seien.

Die Haushaltssatzung 2016 wird unter Berücksichtigung des vorangegangenen Beschlusses vom Ausländerbeirat **zur Kenntnis genommen**.

3. Verpflichtungserklärung wegen Besuchervisum; hier: Sachstandsbericht durch Ausländerbeiratsmitglied Demirok

Herr Demirok gibt eine PowerPoint Präsentation zum Thema: "Handhabung von Verpflichtungserklärungen durch die Ausländerbehörde des Wetteraukreises für den touristischen Aufenthalt", wobei es sich meist um die Einladung von Verwandten und Freunden durch hier ansässige ausländische Bewohner handelt.

Zunächst stellt er fest, dass die rechtlichen Grundlagen für die Berechnung des nötigen Einkommens für die Akzeptanz einer Verpflichtungserklärung im Aufenthaltsgesetz zu finden sind: "Die genannten Paragraphen enthalten alle näheren Informationen, wobei insbesondere die § 66 Absatz 2, § 67 zum Umfang der Kosten und § 68 Aufenthaltsgesetz zur Haftung für den Lebensunter-

Absatz 2, § 67 zum Umfang der Kosten und § 68 Aufenthaltsgesetz zur Haftung für den Lebensunterhalt maßgebend sind. Zum Lebensunterhalt gehören neben Ernährung, Wohnung, Bekleidung und anderen Grundbedürfnissen auch die Versorgung im Krankheitsfall und bei Pflegebedürftigkeit. Daneben haften Sie im Fall einer notwendigen Rückführung des Ausländers auch für die damit verbundenen Kosten."

Es gebe keine einheitlichen Regeln im Bundesgebiet, denn das "Bundeseinheitliche Merkblatt" sei sehr schwammig formuliert. Aber auch innerhalb Hessens gebe es sehr große Unterschiede. Der Einkommensnachweis werde sehr individuell gehandhabt. Während beispielsweise bei dem einen der Nachweis von Mieteinnahmen akzeptiert werde, würde dies bei anderen abgelehnt. Alternativen wie die Zahlung einer Kaution seien den Ausländerbehörden zum Teil nicht bekannt oder würden nicht angewendet. Auch würden in Friedberg inzwischen Steuerbescheide zur Überprüfung der Anträge gefordert. Als Grundlage für die Berechnungen der Höhe des geforderten Einkommens diene eine Tabelle über die Pfändungsgrenzen. Dies daher, weil der Staat sicher sein wolle, dass bei Nichtzahlung notfalls gepfändet werden könne, damit er nicht doch noch auf den Kosten sitzen bleibe. Die Pfändungsgrenzen wiederrum orientierten sich grob an den Hartz IV Sätzen, die in jedem Fall überschritten werden müssten. Die Frage sei, wie weit sie überschritten werden müssten und da gebe es große Unterschiede.

Er habe verschiedene Ausländerbehörden in Hessen angeschrieben und nach dem für einen positiven Bescheid eines Antrages erforderliche Höhe des Einkommens gefragt. Die Unterschiede bei den 7 Kommunen, die geantwortet hätten, seien sehr hoch. So läge das notwendige Einkommen einer Familie mit 2 Kindern für die Einladung einer Besuchsperson in Fulda bei etwa 1.800,00 Euro, im Wetteraukreis aber bei 3.300,00 Euro. Der Durchschnitt der beantworteten Anfragen liege bei ca. 2.700 Euro für diese Konstellation.

Auch gebe es in der Wetterauer Ausländerbehörde keine Beratung. Man habe jedenfalls schon am Empfang versucht, ihn abzuwimmeln.

Die Zahlen und Statistiken werden von den Teilnehmer*innen der Sitzung als sehr informativ empfunden, stoßen aber gleichzeitig auf großes Unverständnis und Empörung. Das gesamte Verfahren wird als sehr willkürlich und ungerecht angesehen. Man sieht Handlungsbedarf. Zunächst wird vorgeschlagen, Herr Demirok solle seine Präsentation dem Landesausländerbeirat Hessen zur Verfügung stellen und darum bitten, dass sich dieser mit der Angelegenheit beschäftigt. Herr Nasisi als Friedberger Vertreter in den AGAH will sich darum kümmern.

Herr Demirok hatte am Schluss seiner Präsentation mehrere Fragen aufgeschrieben, darunter:

- Wie oft musste bisher im Wetteraukreis wegen Nichtzahlung gepfändet werden?
- Wird das Kindergeld auf das Einkommen angerechnet?
- Wird in der ABH über Alternativen für den Einkommensnachweis informiert?
- Wie oft sind Anträge im letzten Jahr abgelehnt worden?

Beschluss:

Herr Demirok und Herr Nasisi nehmen Kontakt zur Ausländerbehörde auf, um sich über das Prozedere und Handhabung der Pfändungsgrenzen zu erkundigen. Sollten die Informationen unbefriedigend sein, soll zur Sitzung am 19.04. eine Vertretung der Ausländerbehörde eingeladen werden. Auch im Integrationsbeirat soll das Thema angesprochen werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen Ja 6 Nein 0 Enthaltung 0

4. Verschiedenes Verschiedenes; hier: Wahlbeteiligung bei der letzten Ausländerbeiratswahl

Herr Nasisi berichtet über die Diskussion bei der AGAH über die geringe Wahlbeteiligung bei der Ausländerbeiratswahl. Die Wahlbeteiligung wird als sehr schlecht angesehen. Als Ursachen habe man verschiedene Aspekte diskutiert: Viele Ausländer seien inzwischen eingebürgert. Wegen der geringen Einflussmöglichkeiten auf die Politik hätten die Ausländerbeiräte einen Funktions- und Vertrauensverlust erlitten. Dadurch sei kaum noch eine Identifikation von Ausländern mit ihren Beiräten festzustellen. Daher fordern Herr Nasisi und Herr Kaplan ein Stimmrecht in kommunalen Gremien und wollen sich dafür einsetzen. Auch die AGAH wolle mit dem Land darüber verhandeln, wie die Mitspracherechte verbessert werden könnten. Eine Möglichkeit, den Ausländerbeirat in der Kommune besser zu präsentieren, sei ein Internetauftritt auf der städtischen Homepage mit E-Mailadresse. Dazu will Herr Kaplan Kontakt zu Herrn Böhmerl aufnehmen, der für die Homepage der Stadt zuständig ist.

4.2. Verschiedenes; hier: Internationales Spielefest

Herr Hartmann weist auf den Termin des Internationalen Spielefestes hin und bittet darum, zur nächsten Ausländerbeiratssitzung am 15.3. wieder die teilnehmenden Vereine zu einer Vorbesprechung einzuladen. Die Teilnahme an einer der zwei Vorbesprechungen ist Voraussetzung für die Teilnahme am Spielefest. Der 2. Vorgesprächstermin sei am 28.5. ab 15 Uhr bei Florian Uebelacker in der Wilhelm-Leuschner-Straße 24. Herr Kaplan will sich darum kümmern, dass die bisher bekannten Teilnehmer von der Stadtverwaltung zur nächsten Sitzung eingeladen werden. Zu diesem Termin braucht der Ausländerbeirat den großen Sitzungssaal im Rathausgebäude.

4.3. Verschiedenes; hier: Benefizmultimediashow

Herr Adhikari macht auf eine Benefizmultimediashow über Nepal in der Stadthalle am 18.2. um 20 Uhr aufmerksam.

4.4.	Verschiedenes; hier: Nächste Sitzung	stermine
Der 15.3. um		chsten Sitzungstermine festgelegt: ionales Spielefest
ne7	: Kaplan	gez.: Hartmann
	sitzender)	(Schriftführer)